



Zum Autor

Martin Prunbauer ist seit 2012 Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB), seit 2020 Präsident des Zentralverband Haus und Eigentum und im Zivilberuf als Rechtsanwalt in Wien tätig.

Trau, Schau, wem!

Kommentar: Martin Prunbauer

■ Nicht einmal ein ganzes Jahr ist es her, dass im Parlament das 4. Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz mit den Stimmen von SPÖ, Grünen, ÖVP und der FPÖ beschlossen wurde. Wir erinnern uns nur zu gut an die lautstarken Beteuerungen diverser Politiker, im darauffolgenden Jahr die Anpassung der Richtwerte und Kategoriemieten vorzunehmen.

Nun sieht alles anders aus: Die SPÖ hat die aktuelle Teuerungswelle und die damit einhergehende Inflation zum Anlass genommen, um Mietern ein weiteres Mal von der gesetzlichen Inflationsanpassung zu befreien. Ausschließlich auf Kosten der Vermieter!

Ungerechte Verteilung

Von dieser Maßnahme nach Gießkannenprinzip würden wieder ausnahmslos alle Mieter profitieren, deren Miete dem preisgeregelten Segment zugerechnet wird. Egal ob einkommensschwach oder nicht. Soziale Treffsicherheit sieht anders aus!

Auch die FPÖ hat Erinnerungslücken und unterstützt diese vermietetfreundliche Forderung nach Aussetzen der Anpassung von Richtwerten und Kategoriemietzinsen. Immobilieneigentümer müssten jetzt ihren Beitrag leisten, heißt es, da sie ohnehin von den gestiegenen Substanzwerten profitieren.

Vermieter als Verlierer

Das sehe ich anders: Die Vermieter sind die einzige Personengruppe, die bisher von sämtlichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen im

Zusammenhang mit der Pandemie ausgenommen sind. Darüber hinaus mussten Vermieter Mietstundungen, Aufschiebung von Räumungsexekutionen und einiges mehr verkraften. Auch im Bereich der Geschäftsräumtmieten waren aufgrund der mehrmaligen Lockdowns beträchtliche Verluste bei den Mieteinnahmen zu verzeichnen. Dieses Geld fehlt nun für die Erhaltung der Gebäude und verhindert die Vornahme von dringend benötigten Investitionen. Von einem Haus lässt sich nun einmal nicht abbeißen.

Apropos „Beitrag leisten“: Während im vergangenen Jahr die Anpassung der Richtwert- und Kategoriemieten ausgesetzt wurden, hob die SPÖ-geführte Stadt Wien die Gebühren für Wasser, Abfall und Kanal kräftig an und begründete ihr Ansinnen damit, nötige Investitionen durchführen zu müssen. Gerade diese Gebühren sind die größten Preistreiber beim Wohnen. Das klingt doch ein wenig nach Floriani-Prinzip.



Eingriffe dieser Art lassen jeglichen Respekt vor dem Eigentum vermissen. Sie ramponieren die wirtschaftliche Planungssicherheit und höhlen schleichend das Eigentum aus. Vor allem aber zerstören sie das Vertrauen in die Rechtssicherheit. Eine Politik, die sich derartige Maßnahmen als Erfolg auf die eigenen Fahnen heftet, schadet mehr als sie nützt.